

Das war die Migrant:innen-session beider Basel 2024

LINKS BL · BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
215 · Ausgabe BL · BS · November 2024



Es ist Samstag, 28. September 2024. Die Türen des Saals des Basler Grossen Rats gehen auf. Voller Vorfreude werden Gäste empfangen, Politiker:innen unterschiedlicher Parteien, Medienvertretende. Um Punkt 10 Uhr beginnt die Migrant:innensession beider Basel 2024 – eine politische Heimstatt für all diejenigen, die sich unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft für gute gesellschaftliche Verhältnisse an ihrem Wohnort einsetzen möchten.



Pascale Meschberger,
Landrätin SP Baselland



Zaira Esposito,
Grossrätin SP Basel-Stadt

An diesem Tag stehen im Basler Rathaus diejenigen im Zentrum, die sonst von formellen politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleiben: Menschen ohne Schweizer Pass. Im Kanton Basel-Stadt machen diese 38 Prozent der Bevölkerung aus, im Kanton Basel-Landschaft 25 Prozent. Egal ob über Wohnpolitik, das Schul- und Gesundheitswesen oder Autoparkplätze – über kein Anliegen dürfen sie formell mitentscheiden.

Die Migrant:innensession beider Basel bietet seit 2018 Menschen ohne Stimm- und Wahlrecht einen Rahmen für ihr politisches

Engagement. Teilnehmende der Session erarbeiten in Arbeitsgruppen Verbesserungsvorschläge zu gesellschaftlichen Themen. Politiker:innen aus Basel-Landschaft und Basel-Stadt begleiten die Arbeitsgruppen. Die Ergebnisse werden an der Session präsentiert. Das Plenum verabschiedet die Vorschläge, welche von Politiker:innen entgegengenommen und in die jeweiligen Parlamente eingebracht werden.

Von der Migrant:innensession in die Räte

Zum ersten Mal habe ich, Pascale Meschberger, als Landrätin an der Migrant:innensession teilgenommen und war tief beeindruckt von der seriösen, wissenschaftlichen Vorbereitung durch die Organisator:innen und die Arbeitsgruppen. Ich durfte zwei Postulate im Bereich Gesundheitswesen (Dolmetschen im Gesundheitswesen/Verbesserung der psychischen Gesundheit im Zusammenhang mit Migration) entgegennehmen und sie bereits im Landrat einreichen. Aus sozialdemokratischer Sicht sehr wichtige Anliegen, um die Gesundheit von Personen mit Migrationsbio-

grafie zu verbessern und damit auch einen Beitrag gegen Armut zu leisten.

Als Mitinitiantin und ehemalige Leiterin der Migrant:innensession beider Basel war es mir, Zaira Esposito, eine Ehre, dieses Jahr die Veranstaltung als Grossrätin miterleben zu dürfen. In dieser Funktion habe ich den von der Migrant:innensession beider Basel 2024 erarbeiteten Anzug «Partizipatives Budget» entgegengenommen. Gemäss diesem soll der Kanton Basel-Stadt ergänzend zu den bereits bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten ein partizipatives Budget als ergänzendes Partizipationsformat lancieren. Ich freue mich, demnächst dieses Anliegen im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt zu vertreten.

Stärkung der Demokratie

Für uns beide war dies ein schönes und inspirierendes Ereignis. Die Migrant:innensession ist ein konkretes Beispiel dafür, dass durch unterschiedliche Lebenserfahrungen und Blickwinkel neues Know-how in die politischen Diskussionen einfließen. Und genau so wird die Legitimität der direktdemokratischen Strukturen erhöht und unsere Demokratie noch stärker gemacht.

Mindestens auf Fraktionsebene führen wir unsere Zusammenarbeit fort und werden Seite an Seite weiter auf eine gute Zusammenarbeit der Behörden pochen.

EINWOHNER:INNENSTIMMRECHT

Ein wichtiger Schritt für da

Am 24. November stimmt der Kanton Basel-Stadt über das Einwohner:innen-Stimmrecht ab. Basler:innen mit einer Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung) sollen das aktive Stimm- und Wahlrecht erhalten. Mit dieser Erweiterung haben wir die Chance, unsere Demokratie nachhaltig zu stärken.



Im Namen der Kampagnen-Gruppe, Dr. Amina Trevisan, Grossrätin SP BS

Demokratie ist kein knappes Gut. Je mehr Menschen an einer Gemeinschaft teilhaben und mitgestalten können, desto stärker wird sie.

Im Jahr 1966 stimmte der Kanton Basel-Stadt dem Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene als erster Deutschschweizer Kanton zu. Erst im Jahr 1971 haben wir schweizweit das Frauenstimmrecht eingeführt. Ein riesiges Demokratiedefizit wurde damit behoben. Der Blick auf diese historische Errungenschaft zeigt, dass die Demokratie mit sozialen Entwicklungen mitgehen muss.

Ein wachsendes Demokratiedefizit soll behoben werden

Basel-Stadt rühmt sich als weltoffener und diverser Kanton. Doch fast 40 Prozent der Erwachsenen, die im Kanton Basel-Stadt leben, sind von der formellen politischen Teilhabe ausgeschlossen. Dies, weil sie keinen Schweizer Pass besitzen. Rund drei Viertel dieser Menschen wurden in der Schweiz geboren oder leben seit mehr als zehn Jahren hier. Sie arbeiten, tragen zum materiellen und immateriellen Wohlstand des Kantons bei, zahlen Steuern und engagieren sich hier. Sie haben die gleichen Pflichten wie alle anderen in unserem Kanton. Politische Rechte aber haben sie keine. Wenn es um wichtige Entscheidungen wie Steuern, KITAS oder Klimamassnahmen geht, bleibt ihnen die Mitbestimmung verwehrt. Aufgrund der hohen Hürden für Einbürgerungen wächst der Anteil nicht stimmberechtigter Erwachsener in unserem Kanton gar noch. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, schwächt das unsere Demokratie.

Die SP hat mit einer Motion von Edibe Gögeli das Thema 2019 im Grossen Rat neu lanciert. Nach Beratung in der Justiz-, Si-

cherheits- und Sportkommission hat dieser im Juni 2024 ein begrenztes Stimm- und Wahlrecht für Einwohner:innen mit Niederlassungsbewilligung verabschiedet. Auch die Regierung sagt Ja zum Einwohner:innen-Stimmrecht! Die Verfassungsänderung kommt am 24. November zur Abstimmung. Ein entscheidender Schritt hin zu mehr Mitbestimmung für viele Menschen, die seit Jahren in Basel ihren Lebensmittelpunkt haben, steht bevor.

Aktives Stimmrecht

Menschen, welche die C-Bewilligung haben, dürfen nach Annahme der Verfassungsände-

rung kantonal wählen und abstimmen (aktives Stimmrecht). Wer in ein politisches Amt gewählt werden will (passives Stimmrecht), benötigt weiterhin den Schweizer Pass. Studien zeigen, dass in anderen Schweizer Kantonen und Gemeinden, in denen Menschen ohne Schweizer Pass mitbestimmen können, politische Mehrheitsverhältnisse dadurch nicht verschoben wurden.

Partizipation heisst Verantwortung übernehmen

Politische Partizipation von möglichst allen Erwachsenen in einem Staat ist ein Indikator, wenn es darum geht, die Qualität einer



s weltoffene Basel

Demokratie zu messen. Der fehlende Zugang zu politischen Rechten für Migrierte in Kombination mit einer restriktiven Einbürgerungspolitik beeinträchtigt auf lange Sicht die Qualität der demokratischen Ordnung in der Schweiz. Politische Beteiligung schafft ein Zugehörigkeitsgefühl, bedeutet die Übernahme von Verantwortung und erhöht die Akzeptanz von Entscheidungen. Dies alles hält unsere Gesellschaft zusammen.

Ein weiteres Kapitel der Deutschschweizer Demokratie

Basel hat dank der SP bereits mehrmals Geschichte in der Deutschschweiz geschrieben,

sei es mit der Einführung des kantonalen Mindestlohns, dem Energiegesetz oder dem fortschrittlichsten Kita-Gesetz der Schweiz. Nun könnte der Kanton erneut Vorreiter in der Deutschschweiz werden. Neuenburg und Jura kennen dieses Mitspracherecht übrigens schon seit mehr als hundert respektive fast fünfzig Jahren.

Die Einführung des Einwohner:innen-Stimmrechts ist ein wichtiger Schritt für Inklusion, für Gleichberechtigung und für eine starke Demokratie, welche die Vielfalt und den Einsatz aller Menschen anerkennt, die Basel seit vielen Jahren mitgestalten. Deshalb sagen wir überzeugt Ja am 24. November.



«Gleichstellung bedeutet auch, dass alle, die hier zu Hause sind, mitbestimmen können, wie unser Kanton gestaltet wird.»

Katharina Good, Sozialpädagogin, Kuratorin & Aktivistin



«Stärken wir die Demokratie, indem wir alle mitbestimmen lassen, für die Basel der Lebensmittelpunkt ist.»

Zaira Esposito, Grossrätin



«Auch Menschen ohne Schweizer Pass wählen vielfältig. Mehr Mitbestimmung verändert keine Mehrheiten, sondern stärkt unsere Demokratie.»

Marcel Colomb, Vizepräsident SP Basel-Stadt

Mut zur Förderung, Ja zur Musikvielfalt!



Roberto Barbotti,
Co-Präsident
Sachgruppe Kultur
und Mitinitiant

Basel-Stadt erfreut sich eines breiten Angebots an Musik. Zahlreiche freie Musikschaffende – die meisten in der Basler Musiklandschaft – tragen dazu bei, dass diese Vielfalt täglich stattfindet. Aber zu welchem Preis? Heute arbeiten sehr viele unter prekären Bedingungen, weil sie nicht angemessen gefördert werden oder der Zugang zur Förderung gänzlich fehlt.



Mit der Initiative für mehr Musikvielfalt haben wir am 24. November die Chance, das zu ändern. Sie verlangt, dass in Zukunft mindestens ein Drittel der Fördergelder ins freie Musikschaffen fließen. Dieses Drittel ist nötig, um den Ansprüchen einer zeitgemässen Musikförderung gerecht zu werden. Das Kulturfördergesetz liefert bereits die Grundlage: Der Kanton soll vielfältig fördern und für gute Rahmenbedingungen sowie eine Verbesserung der sozialen Sicherheit sorgen.

Die unformulierte Initiative gibt der Politik den Auftrag, innert vier Jahren einen Umsetzungsvorschlag auszuarbeiten. Dieser sollte die Interessen von Institutionen, Freischaffenden und Bevölkerung gleichermaßen berücksichtigen. Ein Weiter-wie-bisher ist keine Lösung. Deshalb: Mut zur Förderung, Ja zur Musikvielfalt!



Mustafa Atici, Kaspar Sutter und Tanja Soland sind nach den Zwischenergebnissen zum Scherzen aufgelegt.

Was für eine Freude!

Am 20. Oktober 2024 durften wir einen grandiosen Wahlerfolg feiern: Die SP respektive die Linke geht gestärkt aus den Wahlen hervor! Dieses Ergebnis ist mit Blick auf das politische Klima in Europa und auch in weiten Teilen der Schweiz, wo Rechtsaussen zulegt und die Linke verliert, umso wichtiger.



Lisa Mathys,
Präsidentin und
Wahlkampfleiterin

Die Resultate unserer drei Regierungsmitglieder sind sensationell! Tanja Soland belegt den Spitzenplatz, Kaspar Sutter wurde mit dem zweitbesten Resultat bestätigt. Mustafa Atici, der erst im Mai seine Arbeit im Erziehungsdepartement aufnehmen konnte, wurde jetzt bereits im ersten Wahlgang mit einem satten Polster wiedergewählt. Dies ist die Bestätigung, dass die Bevölkerung ihre wichtige, erfolgreiche und zuverlässige Arbeit schätzt und ihnen vertraut.

hungsdepartement aufnehmen konnte, wurde jetzt bereits im ersten Wahlgang mit einem satten Polster wiedergewählt. Dies ist die Bestätigung, dass die Bevölkerung ihre wichtige, erfolgreiche und zuverlässige Arbeit schätzt und ihnen vertraut.

SP-Sitzgewinn im Grossen Rat

Auch über unser Resultat bei den Parlamentswahlen können wir jubeln. Mit etwas Proporzglück haben wir im Grossen Rat einen Sitz dazugewonnen! Die drei linken Parteien vereinen insgesamt etwas mehr

Wähler:innenprozente auf sich als zuvor, was angesichts der politischen Grosswetterlage bestimmt nicht erwartet werden durfte. Die Stimmbevölkerung schenkt uns ihr Vertrauen und bestätigt unseren Einsatz für eine gerechte, ökologische und solidarische Gesellschaft. Das soziale Basel geniesst grossen Rückhalt.

Starke, aktive Basis

Der Wahlerfolg wäre nicht möglich gewesen ohne unsere Mitglieder und Unterstützer:innen. Nur dank der unermüdlischen Arbeit und dem grossen persönlichen Einsatz der Kandidierenden konnten wir überzeugen. Ein riesiges Dankeschön an alle, die in irgendeiner Form zu diesem Resultat beigetragen haben!



Präsidentin Lisa Mathys (Bildmitte) und Regierungswahlkampfleiter Martin Leschhorn (vorne rechts) freuen sich ausserordentlich über die Schlussresultate.



Sehr viele Genoss:innen versammelten sich im Gare du Nord zur Feier der Resultate.

Anina Ineichen: Eine Chance für das soziale Basel

Nach dem starken Resultat von Anina Ineichen im ersten Wahlgang ist das Ziel zum Greifen nah: Am 24. November können wir in Basel-Stadt eine linke Regierungsmehrheit zurückgewinnen. Es braucht dafür unsere Überzeugung und unseren Einsatz.



Martin Leschhorn,
Vizepräsident und Leiter
Regierungswahlkampf

Mit Anina Ineichen unterstützen wir eine Kandidatin, die nicht nur unsere Werte verkörpert, sondern auch über unbestritten hervorragende inhaltliche Kompetenzen verfügt, die für die politische Linke von zentraler Bedeutung sind.

Die fundierte Ausbildung in Sozialwissenschaften und ihre langjährige Erfahrung in der politischen Praxis – unter anderem als Vorsteherin der Sozialbehörde einer grossen Gemeinde – machen sie zu einer Expertin für soziale Gerechtigkeit und rüsten sie mit dem Wissen über die Lebensrealitäten von Menschen mit wenig Geld. Anina weiss, dass wir eine Politik brauchen, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt und sich für die Schwächsten in unserer Gesellschaft einsetzt.

Als stellvertretende Leiterin der Gemeindeverwaltung bringt Anina Ineichen wichtige Führungserfahrung mit und weiss, wie eine

Verwaltung gut geführt werden kann. Dieser berufliche Rucksack und ihre Bodenständigkeit zeichnen sie aus und machen sie zur hervorragend geeigneten künftigen Regierungsrätin.

Inhaltliche Prioritäten sind entscheidend

Anina Ineichen versteht die Dringlichkeit der Klimakrise und setzt sich leidenschaftlich für die Klimaziele ein. Basel-Stadt hat die Voraussetzungen geschaffen, um Leuchtturm zu sein und zu bleiben. Mit einer linken Mehrheit in der Regierung können wir in vielen Bereichen entschlossener und sozial gerechter vorwärtskommen.

Das Wahlprogramm von Anina Ineichen umfasst für diesen zweiten Wahlgang das bezahlbare Wohnen, die Erhöhung der Verkehrssicherheit für die Verletzlichsten durch die entschlossene Förderung des Fuss- und Veloverkehrs, das klimagerechte Bauen und die Begrünung. Alles entscheidende Anliegen für das soziale und lebenswerte Basel.

Wir können das schaffen!

Es kann gelingen – wenn wir motiviert und engagiert in diesen zweiten Wahlgang gehen. Es gibt viele Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Wir freuen uns über einen Beitritt zum



Unterstützungskomitee, über die Unterstützung beim Stecken, an Standaktionen, mit Leser:innenbriefen, mit einem Plakat am Balkon, auf Social Media ... Ergreifen wir die Chance!



Mach jetzt mit über
diesen QR-Code!



Die JUSO hat einen engagierten Wahlkampf geführt und wurde mit zwei neu gewählten Mitgliedern belohnt: Julia Baumgartner (vorne links) und Maria Schäfer (Bildmitte).



Unser Bundesrat Beat Jans hat die Wahlen mit Spannung verfolgt und ist ins Gare du Nord zum Anstossen gekommen.

INITIATIVE WURDE LANCIERT

JUSO kämpft mit Baselbieter Jungparteien für ein Jugend-U-Abo für 365 Franken

Jugendliche im Kanton Basel-Landschaft zahlen gegenwärtig deutlich mehr für das U-Abo als ihre Altersgenoss:innen in Basel-Stadt. Während diese 365 Franken pro Jahr bezahlen, kostet das Abo im Kanton Basel-Landschaft 542 Franken. Die JUSO Baselland wollte gemeinsam mit Jan Kirchmayr diese Ungleichheit mit einem Vorstoss im Landrat beheben. Nach dem Scheitern des Vorstosses lancierten die Jungsozialist:innen zusammen mit der jglp, jevp, dem jgb und der jungen Mitte eine gemeinsame kantonale Initiative für ein 365-Franken-Jugend-U-Abo im Baselbiet. Damit wollen sie bezahlbare, nachhaltige Mobilität fördern.



Lancierung der Volksinitiative für ein 365-Franken-Jugend-U-Abo am 16. September 2024.



Angel Yakoub, Präsidentin
JUSO Baselland

Die Allianz aus den fünf Baselbieter Jungparteien hatte sich im Vorfeld im Sinne eines sozial gerechten Klimaschutzes sowie der regionalen Vernetzung für den Vorstoss stark gemacht. Über dessen Scheitern im Landrat waren die Jungparteien entsprechend ent-

täuscht. Die Begründung mit der aktuell angespannten finanziellen Lage des Kantons ist nicht langfristig gedacht. Die Subventionierung des U-Abos für Jugendliche benötigt zwar finanzielle Mittel vom Kanton, doch führt ein verstärkter Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖV zu einer Senkung verschiedener externer Kosten im Zusammenhang mit Treibhausgasemissionen, Lärmbelastung und Luftverschmutzung.

Sinnvolle Investitionen in nachhaltige Mobilität sind ein zentraler Pfeiler für einen wirksamen Klimaschutz. Dazu gehören auch

bezahlbare Tickets für alle. Mit der Initiative für ein 365-Franken-Jugend-U-Abo auch im Baselbiet könnte ein wichtiger Beitrag dazu geleistet werden.

Jetzt Initiative unterschreiben

Die Unterschriftensammlung ist ab sofort im Gange, und die Jungparteien rufen die Bevölkerung dazu auf, das Anliegen zu unterstützen, um den Jugendlichen im Kanton Basel-Landschaft dieselben Chancen auf eine bezahlbare, nachhaltige Mobilität zu geben wie in Basel-Stadt.

Starke Sektionen – starke Basis!

Unter dem Motto «Sektionen stärken – gemeinsam gewinnen!» geben vier Baselbieter Sektionen Gas in der Mitgliedergewinnung. Ihre lokalen Projekte werden mit Unterstützung des Sekretariats und der Projektstelle Mitglieder/Kampagnen umgesetzt.



Clara Bonk, Projektleiterin
SP Baselland

Mitgliedergewinnung ist leichter gesagt als getan. Trotzdem stellen sich vier Sektionen der Herausforderung und arbeiten an eigenen Projekten. Das Ziel ist in allen Sektionen

dasselbe: Die SP, ihre politische Arbeit und generell linke Forderungen sichtbar machen, Wege aufzeigen, wie interessierte Menschen selbst aktiv werden können, und neue Mitglieder gewinnen.

Die Projekte sind von Sektion zu Sektion verschieden. Die SP Lausen hat die Bevölkerung zum Thema Kinderbetreuung befragt. Zum Abschluss lädt die Sektion zu einer Podiumsdiskussion über Probleme, Lösungen und Perspektiven für Kinderbetreuung ein. Ein Podium gibt es auch in Bubendorf.

Die Teilnehmer:innen diskutieren den drohenden Autobahnausbau und die Auswirkungen auf die Region.

In Oberwil setzt sich die SP mit einer Petition für bezahlbare Kinderbetreuung ein. An zwei Sammelaktionen ist die SP Oberwil im Dorf sichtbar. Auch in Bottmingen rückt die Gleichstellung der Geschlechter ins Zentrum: Die Einwohner:innen werden zu ihrer Meinung zu Baustellen der Gleichstellung und politischen Massnahmen befragt.

Manche Projekte befinden sich erst in der Planung, andere mitten in der Umsetzung. In Lausen und Oberwil wurden im letzten Monat schon 100 neue Menschen erreicht. Bottmingen und Bubendorf folgen. Klar ist: Der Halbzeitstand motiviert!

Durch den Bau des Rheintunnels würden über 150 Familiengärten ersatzlos zerstört! (Verzweigung Hagnau)

Zu gross für die Region Basel

Der Autoverkehr ist in den letzten Jahren um über ein Drittel gewachsen, deutlich schneller als die Bevölkerung. Es wird immer mehr gefahren, die Emissionen im Strassenverkehr stagnieren. Der Verkehr ist mittlerweile stärkster Klimafaktor – obwohl sich alle darauf geeinigt haben, bis spätestens 2050 bei «Netto-Null» anzukommen. Darum Nein zum Rheintunnel!



Domenico Sposato und Florian Schreier,
Co-Präsidenten SP Birsfelden

Der Bund plant sechs gewaltige Ausbauprojekte vom Genfersee bis zur Ostschweiz. Alle sind in oder direkt vor Städten, die bereits gut mit dem ÖV erschlossen sind. Alle sechs Projekte sind Kapazitätserweiterungen, verbunden mit Kosten von 4,9 Milliarden Franken. In den nächsten Jahrzehnten plant der Bund zudem 35 Milliarden Franken für den Strassenbau ein. Der Ausbau des Schienennetzes, besonders fürs Baselbiet und Basel wichtig, soll hintenanstehen.

Teurer Ausbau, mehr Verkehr

Das nächste Ausbauprojekt in der Region ist die Erweiterung auf acht Spuren zwischen Hagnau und Augst. Bald soll auch die Verbindung Aesch–Delémont erweitert werden, mit übermässig teuren Tunnels durch die Juraberge. Das alles bringt mehr Auto- und Lastwagenverkehr in die Region.

Dabei ist klar: Mit mehr Kapazität auf den Strassen wird der Stau nicht weniger, nur breiter. Steigt das Angebot, steigt die Nachfrage: Dieser induzierte Verkehr ist von der Forschung schon seit Jahrzehnten immer wieder bestätigt worden. In vielen Ländern wird er bei der Beurteilung von Strassenprojekten berücksichtigt, aber nicht in der Schweiz. Die durchschnittliche Fahrtdauer für den Arbeitsweg liegt seit Jahrzehnten konstant bei rund einer halben Stunde. Kann schneller gefahren werden, werden die Pendelstrecken länger. Gleichzeitig sitzt immer öfter eine Person alleine im Auto – kein Wunder, dass es staut!

Baustellen, Lärm und kaum Nutzen

Der aktuelle Autobahn-Ausbau folgt dem seit 60 Jahren erfolglosen Konzept. Und dieses Mal soll es plötzlich funktionieren? Wir brauchen eine Verkehrsplanung für eine Mobilität mit Zukunft.

In Basel sind über die Hälfte der mit dem Auto gefahrenen Strecken so kurz, dass es gut auch zu Fuss oder mit dem Velo ginge. Die Pendlerinnen und Pendler fahren zu über zwei Dritteln mit dem ÖV oder Velo zur Arbeit. Für die Menschen hier braucht es nicht mehr Autobahn, sondern eine geschicktere Verkehrspolitik. Das würde auch die Umweltbelastung und besonders den Lärm reduzieren.

Der Autobahn-Ausbau ist ein Projekt von gestern, besonders auch der Rheintunnel: Zehn Jahre lang gäbe es Baustellen und Lärm rund um die Uhr. In Birsfelden und Basel droht über 150 Familiengärten die ersatzlose Zerstörung.

Und dann entsteht bei all der Bauerei auch noch etwas Nutzloses. Beispiel gefällig? Die Lastwagen aus dem Basler Hafen, dem geplanten Gateway Basel Nord und dem Birsfelder Hafen können gar nicht in den Rheintunnel. Sie alle fahren weiterhin über die lärmige Osttangente, weil die Anschlüsse nicht entsprechend geplant sind.

Die behaupteten Vorteile für ÖV, Veloverkehr und Fussgängerinnen und Fussgänger sind höchstens vage Versprechungen. Im Projekt Rheintunnel geht es ausschliesslich um den Ausbau der Autobahn. Der Rückbau der Osttangente wird vom Bund und vom Baselbiet klar abgelehnt. Das durchgängige Velonetz in der Agglomeration und das Herzstück kommen auch nicht früher. Und für die Erweiterung der Dreirosenanlage müssen wir nicht auf den Rheintunnel warten.

Auch für den Bahnausbau bedeutet der Rheintunnel nichts Gutes. Wir brauchen dringend Investitionen in die Infrastruktur in der Region. Doch finanziert uns das der Bund nach dem Rheintunnel noch?

Was können wir tun? Am 24. November gilt es, den Autobahn-Ausbau mit seinen sechs Projekten abzulehnen und damit den Weg freizumachen für eine umfassende Verkehrsplanung, welche die Region und die Schweiz weiterbringt, anstatt sie mit Autos und Lastwagen zu fluten.

AUS DEM GROSSEN RAT

Bekennnis zur integrativen Schule



Sasha Mazzotti,
Mitglied Bildungs- und
Kulturkommission

Viele Lehrpersonen erleben die integrative Schule als belastend. Eine Initiative wollte deshalb zum früheren System der Kleinklassen zurückkehren. Für die SP ist das keine Option. Dennoch anerkennen wir den Handlungsbedarf bei der Ausgestaltung der integrativen Schule. Mit dem Massnahmenpaket, welches im September vom Parlament angenommen wurde, sind nun die gesetzlichen und finanziellen Grundlagen geschaffen.

Gute Zusammenarbeit von Kommission und Regierungsrat

Zusammen mit Mustafa Atici hat die Bildungs- und Kulturkommission (BKK) einen

Kompromiss ausgearbeitet. Dieser überzeugt sowohl das Initiativkomitee wie auch die Mehrheit der SP-Fraktion. Teil des Kompromisses ist, dass lernschwache Kinder während maximal zwei Jahren von heilpädagogisch ausgebildeten Primarlehrpersonen in einer Förderklasse gezielt und individuell unterstützt werden mit dem klaren Ziel der Reintegration in eine Regelklasse.

Mustafa Atici hat sich im Grossen Rat klar zu einer sorgfältigen Umsetzung aller Massnahmen bekannt. Die Volksschulleitung wird mit Leitplanken und Konzepten die Umsetzung an allen Standorten begleiten.

Doppelbesetzung neu im Gesetz

SP-Vertreterinnen erreichten in der BKK die Verankerung der Doppelbesetzung für Regelklassen im Gesetz. Zusätzliche Fachpersonen sollen die Lehrpersonen im Unterricht unterstützen, um individueller auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen zu können. Den Nutzen der Fördergruppen hingegen sehen wir kri-

tisch: Die Stundenplanung verkompliziert sich und die betroffenen Kinder könnten im Hin und Her zwischen Stammklasse und Fördergruppe nicht die nötigen stabilen Rahmenbedingungen erhalten.

Kritische Begleitung der Massnahmen

Der Nutzen der Förderklassen ist innerhalb der SP umstritten. Einige kritisieren den Fokus auf Defizite und eine mögliche Stigmatisierung. Andere sehen die Förderklasse als Chance. Sie unterscheidet sich vom alten System der Kleinklassen. Die Digitalisierung in den Kinderzimmern hat Folgen, welche die integrative Schule nicht mit dem jetzigen System bewältigen kann.

Geschlossen ist die SP-Fraktion in der Haltung, dass die Umsetzung der Massnahmen beziehungsweise deren Effektivität spätestens nach drei Jahren evaluiert werden müssen.

AUS DEM LANDRAT

Was fehlt, ist nicht das Geld, sondern der politische Wille!

Vor wenigen Wochen hat Finanzdirektor Lauber den neuen Aufgaben- und Finanzplan präsentiert. Die düsteren Szenarien, die sich in den letzten Monaten abgezeichnet haben, werden damit konkret: Im Baselbiet droht ein neues Abbaupaket. Die Sparwut macht dabei weder vor der Bildung noch vor der Gesundheit halt: Innerhalb der nächsten vier Jahre sollen im Kanton 116 Vollzeitstellen abgebaut werden. Alleine im Jahr 2025 sollen 100 Millionen Franken eingespart werden.



Ronja Jansen,
Landrätin SP Baselland

Es handelt sich um Leistungsabbau, der keineswegs unausweichlich ist, denn die Baselbieter Finanzmisere ist hausgemacht: Über Jahre wurden die Steuern für Wohlhabende gesenkt, während die Leistungen für die normalverdienende Bevölkerung auf ein Mini-

mum zurückgeschraubt wurden. Doch diese frustrierende Tatsache ist auch Ausgangspunkt für positive Zukunftsszenarien. Was durch die rechtsbürgerliche Mehrheit verweigert wurde, könnte auch wieder rückgängig gemacht werden. Genau darauf pochen wir: Statt des Abbaus auf dem Buckel der Bevölkerung verlangen wir eine Rücknahme der Steuergeschenke der letzten Jahre.

Automatisierter Abbau mit dem Rasenmäher

Insbesondere eine Erhöhung der Erbschaftssteuern muss dabei ins Auge gefasst werden. Des Weiteren braucht es eine Revision des

strengen Baselbieter Finanzhaushaltsgesetzes: Hinter dem wohlklingenden Titel der Schuldenbremse wurde dem Kanton damit faktisch eine Investitionsbremse verordnet. Wenn die Rechnung über vier Jahre nicht ausgeglichen ist, verlangt das Gesetz automatisierten Abbau mit dem Rasenmäher. Die rechte Mehrheit versteckt sich damit hinter vermeintlichen Sachzwängen, die keine sind. Für uns ist deshalb klar: Es braucht eine steuerpolitische Wende im Baselbiet. Auf die rechtskonservativen Parteien können wir dabei kaum zählen: Finanzdirektor Lauber hat bereits die nächsten Steuersenkungen angekündigt. Wir von der SP werden uns dagegen wehren und uns dafür einsetzen, dass der Kanton sich endlich wieder allen Einwohner:innen verpflichtet fühlt und nicht nur denen mit den prallsten Brieftaschen.

Was im Baselbiet wirklich fehlt, sind nicht die finanziellen Mittel, sondern der politische Wille.